



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 324. Mittag-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 15. Juli 1869.

## Deutschland.

**Berlin, 14. Juli.** [Amtliche.] Se. Maj. der König hat dem General-Major à la suite der Armee, außerordentlichen Gefandten und bevollmächtigten Minister am großherzoglich oldenburgischen und herzoglich braunschweigischen Hofe, Prinzen Gustav zu Hohenburg und Badingen, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen. (St.-Anz.)

**Berlin, 13. Juli.** [Die belgische Note des Grafen Beust.] Die süddeutschen Festungen. Die Virtuosität, mit welcher die Politik des Grafen Beust auf dem Seile tanzt und die Balancirkunst ausübt, ist niemals in einem grelleren Lichte erschienen, als bei Gelegenheit des belgisch-französischen Eisenbahnstreites. Wahrhaft staunenswerth sind die Sanktionen, mit deren Hülfe der österreichische Staatslenker den Eindruck der Depesche vom 1. Mai d. J. zu neutralisieren sucht. Freilich hat das Bekanntwerden dieses Schriftstückes eine gewisse Sensation gemacht; aber nicht deshalb, weil es etwa noch eines acuten Beweises bedurfte, um die Liebedienerei des Reichskanzlers für Frankreich zu constatiren, sondern einfach aus dem Grunde, weil diese seit 1866 geübte Praxis der Obssequiosität bis jetzt noch niemals so entschieden das Recht der bestehenden Verträge und die Rücksichten auf die Stimmung Englands aus dem Auge gesetzt hatte. Alle seither von Wien aus gemachten Vertuschungs- und Disculpierungsversuche ändern Nichts an der unbestreitbaren Thatsache, daß Oesterreich der belgischen Regierung dringlich genug angerathen hat, auf das vertragmäßige Neutralitäts-Verhältnis kein Gewicht zu legen und den Wünschen Frankreichs dienlich entgegenzukommen. Pikant wird die Episode noch besonders dadurch, daß Graf Beust seinem Verfahren das Gepräge der Schwäche und Devotion gegen Frankreich abzustreifen vermeint, weil er nach Paris hin geäußert, der Kaiser Napoleon möge den Liebedienst nicht als einen Liebedienst betrachten. Allerdings wird Napoleon den Bemühungen der österreichischen Staatskunst keinen hohen Werth zuschreiben können, da dieselben, wie sich aus dem Ergebnis der Unterhandlungen herausstellt, keineswegs den gewünschten Erfolg erzielt haben. Das Exlerien-Cabinet ist um eine Erfahrung reicher in Bezug auf die Vortheile, welche die Bundesgenossenschaft Oesterreichs bieten kann. Für alle Welt aber ist es klar geworden, daß Belgien für seine Neutralität und seine Selbstständigkeit Schutz nicht bei Oesterreich, sondern gegen Oesterreich bei anderen Mächten suchen mußte. Folgerichtig dürfte der Zwischenfall auch noch insofern werden, als er die Gegensätze zwischen der Politik Oesterreichs und den Interessen Englands in schroffer Weise hervorgekehrt hat. — Alle Mittheilungen über das Ergebnis der Unterhandlungen wegen der süddeutschen Festungen müssen als verfrüht bezeichnet werden. Die Verschiedenheit der Meinungen und Stimmungen macht sich bei diesen Verhandlungen der süddeutschen Staaten noch immer so lebhaft geltend, daß irgend ein praktischer Beschluß noch immer nicht zu Stande gebracht werden konnte. Auch an diesem letzten Ueberbleibsel des alten deutschen Bundes offenbart sich die Misere, welche demselben Zeit seines Lebens anhaftete.

**Berlin, 14. Juli.** [Aus dem österreichischen Rothbuche.] Das einzige das Verhältnis zu Preußen betreffende Schriftstück ist folgendes Rundschreiben des Grafen Beust an die österreichischen Vertreter im Ausland, welches sich ausschließlich mit der vielbesprochenen Generalstab-Depesche befaßt:

Wien, 6. Mai.

Die Publikation einer chiffirten Depesche der preussischen Regierung in der Geschichte des Feldzuges von 1866, redigirt in den Bureaus des Generalstabes der k. l. Armee, hat auf Seiten der preussischen Blätter eine der beständigen Polemiken herangezogen. Die Haltung der k. l. Regierung wurde bei dieser Gelegenheit zum Gegenstande so bitterer Vorwürfe, und die persönlichen Angriffe waren so lebhaft, daß ich mich für verpflichtet erachte, Sie von diesem Zwischenfall zu unterhalten, um Sie über die Art, wie ich denselben ansehe, zu unterrichten.

Zwei Punkte verdienen meiner Ansicht nach zunächst hervorgehoben zu werden. Der erste betrifft die von unseren officiellen Organen beobachtete Haltung, die sich jeder Entgegnung enthielt und so bewies, wie wenig es in unseren Intentionen liege, eine Debatte anzufachen, deren Natur die Gemüther auf beiden Seiten verbittern würde. Das zweite ist, daß die preussische Regierung nicht glaubte, sich der diplomatischen Wege bedienen zu müssen, zu denen man im Allgemeinen bei ähnlichem Anlasse greift, um ihr Mißfallen auszudrücken und Aufklärungen von uns zu verlangen. Dieser wurde in Berlin in officiellen Kreisen unserem Vertreter gegenüber keinerlei Bemerkung gemacht und der hiesige Gesandte Preußens war mit keiner Mittheilung für mich betraut.

Was die Thatsache selbst anbelangt, die in Berlin einen so tiefen Eindruck (emotion) gemacht zu haben scheint, so gestehe ich, die Wichtigkeit, die man derselben beilegt, nicht gut begreifen zu können.

Die Grifsen der fraglichen Depesche wird nicht in Abrede gestellt; der veröffentlichte Text ist exact bis auf einige Varianten, welche den Sinn nicht ändern und aus der Schwierigkeit des Deciffrirens herrühren. Der Inhalt dieses Stückes enthält heute kein Geheimniß der preussischen Politik, zumal er sich auf die Friedensbedingungen, wie sie einige Tage später zu effectiven Abmachungen wurden, und insbesondere auf die territorialen Annexionen, welche jetzt vollbrachte Thatsachen sind, bezieht. Man kann sicherlich in Berlin nicht vorgeben, als sei es die Pflicht des Geschichtschreibers jener Epoche, glauben zu machen, daß ein Länderzuwachs der preussischen Regierung wider ihren Willen auferlegt worden sei. Wenn dies der Fall wäre, dann allerdings möchten wir begreifen, daß die Veröffentlichung der Depesche vom 20. Juli inopportun gefunden worden wäre. Heute constatirt sie einfach, daß die Wünsche der preussischen Regierung reichlich verwirklicht wurden, und es wäre sonderbar, wenn diese Bestätigung einer Thatsache in Berlin als Unbill betrachtet würde.

Eben so wenig vermöchte man uns, wie ich glaube, als Verbrecher vorzuwerfen, daß wir zur Kriegszeit eine geheime Depesche des Feindes interceptiren und lesen konnten. Es verbleibt demnach als einziges Motiv dieses ganzen Lärmes, den man in Berlin gemacht hat, das Vorhandensein dieses Stückes in einem Geschichtsbuche. Nun, die Indiscretion ist, wie ich eben dargelegt habe, absolut nichtig, weil das Geheimniß, welches vor der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien seine Bedeutung haben konnte, seither jede Berechtigung, es zu sein, verloren hatte. Die Depesche ist einfach ein Document, es knüpft sich daran kein Urtheil, keine Schlussfolgerung, die für Preußen mißgünstig wäre oder seine Empfindlichkeit reizen könnte.

Dieses Stück bildete einen Bestandteil des Materials, welches dem Generalstab zur Verfügung stand, ohne daß irgend etwas seine Herkunft besonders bezeichnet hätte. Es wurde abgedruckt ohne Commentar, ohne feindliche Absicht, einzig als Beweisstück (pécce à l'appui), um einen interessanten Punkt der Geschichte zu beleuchten. Ich kann, streng genommen, zugeben, daß man bei der Auswahl des verwendeten Materials nicht die genügende Unterscheidung gezeigt hat. Es war vielleicht unnütz, mit Hilfe eines solchen Zeugnisses die Thatsachen zu erhärten. Ich bebauere sogar aufrichtig, Angehörigen der guten Beziehungen, wie ich sie mit dem Berliner Cabinet zu unterhalten wünsche, daß man auf solche Art den Vorwand zu einer Irritation bot, so wenig es

rechtfertigt dieselbe auch sein mag. Aber ich kann nicht zugeben, daß man hierdurch einen Verrath oder eine mit Rücksicht auf Preußen verlebende Handlung begangen habe, noch viel entschiedener muß ich überdies die Verantwortlichkeit für diesen Zwischenfall zurückweisen, die man ganz und gar auf mich wälzen will. Das fragliche Werk wird vollständig außerhalb meiner Intervention redigirt und publicirt und hat keinerlei politischen Charakter.

Ich hätte mich beeilt, diese Aufklärung der preussischen Regierung zu geben, wofür sie an mich die geringste unmittelbare Interpellation gerichtet hätte. Man hat es vorgezogen, die kaiserliche und königliche Regierung durch die Presse in der allerheftigsten Sprache (le plus virulent) anzugreifen zu lassen, und ich sehe nicht voraus, daß dieser Vorgang der allgemeinen Billigung begegne.

Wollen Sie sich im Sinne dieser Betrachtungen aussprechen, und empfangen Sie zu.

Der wesentliche Inhalt dieses Circulars wurde schon früher in den Wiener Blättern mitgetheilt, und der Gegenstand ist damals so erschöpfend behandelt worden, daß es gewiß überflüssig ist, darauf zurückzukommen.

[Der Staatshaushalt] wies nach dem in der letzten Landtagssession vorgelegten Ausweise einen Bestand von circa 29 Millionen Thalern auf. Da nach den darüber vereinbarten Bestimmungen die Ansammlung desselben bis zur Höhe von 30 Millionen erfolgen und dazu, wie die betreffende Verordnung es ausdrückt, die im Laufe der Administration ermittelten Ertragnisse sowie auch noch voreriger Deckung der Rest-Ausgaben die Rest-Einnahmen der Vorjahre, ferner jede Mehreinnahme der laufenden Verwaltung nebst den zufälligen Einnahmen verwendet werden sollten, so haben diese Rest-Einnahmen pro 1868, die allmählig eingingen, auch jetzt noch mit rund einer Million dem Staatshaushalt überwiesen werden müssen, und wird über die darüber hinausgehenden Ueberschüsse, die nicht unbeträchtlich sind, dem Landtage Rechnung gelegt werden. Wichtig und interessant ist aber die Thatsache, daß nunmehr der Staatshaushalt mit seinem Maximal-Betrage von 30 Millionen Thalern voll ist und weiterer Zuschüsse nicht mehr bedarf.

[Der im October sich hier versammelnde Protestantenverein] hat darauf angetragen, die Nikolai-, Neue und Dorotheenstädtische Kirche zu den Versammlungen und Predigten benutzen zu dürfen. Die Kirchenvorstände und der Magistrat als Patron haben diesem Wunsche bereitwilligst entsprochen.

**Justerburg, 12. Juli.** [Wahl.] Bei der am 9. d. M. stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zum Provinziallandtage wurde der Gutsbesitzer Prager-Krausenwalde von den zahlreich versammelten Wahlberechtigten mit allen Stimmen gegen 3 wiedergewählt. Auch eine große Zahl früherer reactionärer Wähler stimmte für ihn. Herr Prager gehört bekanntlich zu den vier Unterzeichnern des offenen Briefes an den Grafen von Guleburg. (Just. Ztg.)

**Emß, 14. Juli.** [Se. Maj. der König] empfing heute eine Deputation aus Duisburg, in deren Namen der Bürgermeister Kellner den König einlud, der am 3. August stattfindenden Grundsteinlegung des Denkmals für den 1594 in Duisburg verstorbenen Geographen Mercator beiwohnen zu wollen. Se. Majestät der König mußte wegen Behinderung die Einladung ablehnen. — Prinz Oscar von Schweden ist nach Paris abgereist.

**Wittenberg, 13. Juli.** [Die Prinzessin Carl von Preußen] ist mit Gefolge gestern zum Besuch der Ausstellung hier eingetroffen und nach zweistündigem Besuch derselben nach Weimar weiter gereist.

**Köln, 14. Juli.** [Die Post aus London] vom 13. d. Früh ist ausgeblieben.

**Dresden, 13. Juli.** [Der Landtag und das Ministerium.] Nach dem amtlichen „Dr. Z.“ ist der Zusammentritt des bevorstehenden ordentlichen Landtags vorläufiger Bestimmung zufolge auf den 27. September d. J. festgesetzt worden. Ueber die zu erwartenden Vorlagen verlautet noch wenig und das Wenige, was an die Deffentlichkeit dringt, scheint mehr auf Vermuthungen zu beruhen als besonders beglaubigt zu sein. Es verlautet u. A., die Staatsregierung werde dem am 27. September zu eröffnenden Landtag gleich im Beginn das neue Budget für die Periode 1870—71 vorlegen, in welchem das Capitel der Steuern besonders Interesse erregen dürfte. Die Personalsteuer werde sich in ihrer jetzigen Gestalt nicht länger halten lassen, auch die Grundsteuer sei einer Revision bedürftig, und man scheine in der Richtung einer Einkommensteuer vorwärts gehen zu wollen. Außerdem solle dem Landtag ein freisinniges Preßgesetz vorgelegt werden u. s. w. Ob sich diese Angaben bestätigen werden, muß dahingestellt bleiben. Die anerkannten Preßorgane der Regierung beobachten bisher noch tiefes Stillschweigen. Der „Allg. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Aufällig ist es immer, daß von ministerieller Seite noch gar kein Gesetzentwurf veröffentlicht und dem Urtheil des großen Publicums vorgelegt worden ist. Man erinnert sich noch recht wohl, wie bedeutenden Erfolg die rechtzeitige Veröffentlichung des ersten Entwurfs zum Gewerbegesetz (1858) hatte, den nämlich, daß dieses unglückselige Machwerk durch die Kritik der Wissenschaft, wie durch die Stimme der öffentlichen Meinung geradezu vernichtet wurde, und die Regierung gar nicht mehr wagte, dasselbe den darauf zusammentretenden Kammern vorzulegen; man erinnert sich auch noch recht gut, wie beifällig dann (1860) der zweite Entwurf, welcher in allen wesentlichen Theilen zum noch gültigen Gesetz erhoben wurde, allseitig aufgenommen und in Folge der öffentlichen Kritik in vielen Bestimmungen erheblich verbessert ward. Ein gleiches Verfahren würde sich gewiß auch heute empfehlen; aber eben weil von ministerieller Seite noch gar nichts über legislativische Absichten verlautet, möchte man fast verthut sein, anzunehmen, daß der bevorstehende Landtag eigentlich nur ein Budgetlandtag werden solle.“

**Frankfurt a. M., 13. Juli.** [Ein angeblich bevorstehender Besuch des Königs.] Wie dem „Rh. K.“ mitgetheilt wird, soll bei dem hiesigen Magistrat ein Schreiben eingetroffen sein, in welchem ein Besuch des Königs in Frankfurt für den Monat August in Aussicht gestellt wird. In dem Schreiben soll sogar von einem Verweilen für „einige Zeit“ gesprochen werden. Indessen scheint dies doch noch sehr von Eventualitäten abzuhängen, und soll es vor Allem darauf ankommen, ob es möglich, dem Monarchen hier einen guten Empfang zu bereiten. Wie der „Fr. Z.“ mitgetheilt wird, ist bereits ein Comité in Bildung begriffen, welches, da eine Bewilligung der nöthigen Geldmittel durch die Stadtverordneten nicht zu erwarten steht, die Erledigung dieses Punktes in die Hand nehmen soll.

**München, 10. Juli.** [Die erste Civiltrauung.] Die „N. N.“ schreiben: Heute fand vor dem königl. Stadtgerichte München l. J.

die erste Civiltrauung statt. Nachdem die Identität der Brautleute festgestellt, legte Stadtrichter Kasper denselben in herzlich ergreifender Rede die Pflichten der Ehe ans Herz. Hierauf wurde die Trauung mit Hinweglassung des kirchlichen Ceremoniels kraft des Gesetzes vollzogen. Charakteristisch ist, daß bei dieser Trauung vier Confectionen vertreten waren: Die Brautleute sind Deutschtholiken, der Richter Katholik, der eine Zeuge Israelit, der andere Protestant.

**Würzburg, 12. Juli.** [Wieder einberufen.] Aufsehen macht die umlaufende Nachricht, daß der vielgenannte Reservist, Student Frhr. Schenk von Geyern, nachdem derselbe anfänglich auf 3 Monate zur Herstellung seiner Gesundheit in Urlaub entlassen worden, auf den 22. Juli schon wieder einberufen sei. Die officiöse „Hoffm. Corresp.“ sagt hiergegen: „In der Presse hat die Nachricht Verbreitung gefunden, der Reservist Frhr. Schenk v. Geyern sei aus Veranlassung der von seinem Vater gegen den Landwehr-Bezirks-Commandanten Major v. Grundherr erhobenen Ehrenkränkungs-Klage sofort auf den 22. Juli l. J. zum Dienste wieder einberufen worden. Diese Angabe entbehrt jeder Begründung. Genannter Reservist wurde vielmehr bereits vor erhaltener Kenntnisaufnahme über jene Klagestellung zu dem am 22. August d. J. beginnenden Herbstmanövern einberufen, woraus sich von selbst ergibt, daß diese Einberufung mit erwähnter Ehrenkränkungs-Klage in keiner Weise im Zusammenhange steht und stehen kann.“

**Kaiserslautern, 11. Juli.** [Verurtheilung.] Wegen Fälschung der Wahlen zum Zollparlament fand in diesen Tagen vor hiesigem Bezirksgericht gegen den Pfarrer Wallet in Rubenstein eine gerichtliche Verhandlung statt, welche mit Verurtheilung des Angeklagten zu 2 Monaten Gefängniß endete. (N. A. Z.)

## Oesterreich.

**Wien, 14. Juli.** [Bischof Rudigier.] Die „Neue freie Presse“ theilt mit, daß Bischof Rudigier in Einem dem Kaiser einen Protest gegen die vorgestrichene Schwurgerichtsverhandlung übersandt hat.

## Spanien.

**Madrid, 9. Juli.** [Zur Stellung der Parteien.] Durch die Eiferfucht der Progressisten auf die Demokraten, durch die Weigerung der Republikaner vor der bestimmten Forderung der Revision des Verfassungsartikels über die monarchische Staatsform in die Regierung einzutreten, durch die Scheu Prim's, einen großen Entschluß zu fassen, schreibt man der „N. Z.“, ist die Krise, welche durch das Decret Herrera's hervorgerufen war, nur halb beseitigt worden. Zwar wird das Decret, wie selbst die weniger fortgeschrittenen Progressisten verlangen, ohne Zweifel noch zurückgezogen werden, obwohl das Tadelsvotum gegen Herrera mit 144 gegen 55 Stimmen verworfen wurde und obgleich den Unionisten scheinbar der Sieg geblieben ist, werden doch der Staatsminister Silvela und der Justizminister ihre unmittelbare nach der vorgestrichen Sitzung eingereichte Entlassung festhalten. Aber Jedermann hatte erwartet, daß nicht bloß die Progressisten, welche das Tadelsvotum unterzeichnet, sondern auch viele Andere, welche nachdrückliche und öffentliche Zusagen gemacht hatten, gegen den Justizminister stimmen werden. Dies ist nicht geschehen und zwar haben viele Progressisten unumwunden zugestanden, daß sie sich in dieser ihrer Haltung lediglich durch Prim bestimmen ließen. Auf der einen Seite nun mag allerdings Prim darin, daß eine ganze Partei ein so unbedingtes Vertrauen zu ihm hegt, einen bedeutenden persönlichen Erfolg erkennen; aber andererseits muß er sich nicht bloß von seinen seitherigen Bundesgenossen, den Demokraten, sondern auch von den Republikanern, um deren Unterstützung er in den letzten Tagen so eifrig warb, eine große Schwäche und Kurzsichtigkeit vorwerfen lassen. Denn sollte sein Zweck kein anderer gewesen sein, als die Unionisten noch einmal einzuschläfern, bevor er einen der entscheidenden Streiche gegen dieselben führen will, so dürfte er sich hierin leicht verrechnen, da ihm die Unionisten außerhalb der Kammer tagtäglich wichtige Vortheile abgewinnen. Er mußte denselben die militärische Statthalterei der Provinz Madrid, die er seinem Freund Milans del Bosch vorzubehalten suchte, opfern; er mußte seinen Freund Nouvilas, gegen den schon längst alle Umtriebe der Unionisten spielen, von dem wichtigen General-Capitanat Cataloniens entlassen; die Unionisten haben ferner die Entlassung des progressivsten Statthalters von Sevilla, Alzurum, durchgesetzt und versagen überhaupt immer ausschließlich über die einflussreichen Stellen im Heere und in der Verwaltung; die Folge hiervon ist, daß selbst die von Prim beschützten Anhänger desselben das Vertrauen auf seine Autorität verlieren.

Ob aber ein selbst von unionistischen Elementen befreites Cabinet sich unter den gegenwärtigen Umständen werde behaupten können, ist eine große Frage. Die Demokraten hatten allerdings durch ihre Zahl, die sich auf etwa 25 belaufen mag, die Mehrheit nicht übermäßig verstärkt, aber indem sie zur Linken übergehen, schwillt diese zu der sehr achtunggebietenden Zahl von 114 an. Außerdem aber hatte diese kleine Gruppe nicht bloß die ganze so wenig selbstständige Partei der Progressisten mit ihren Ideen genährt, sondern ihre Redner, Moret, Martos, Echegaray und ihr Haupt Rivero hatten der ganzen Mehrheit das moralische Ansehen geliehen, das derselben zu Gebote stand. Daß der Uebergang der Demokraten zu den Republikanern sehr ernst sei, hat nicht bloß Martos erklärt, indem er den Progressisten ein „Auf Wiedersehen!“ zurief und Topete gegenüber sagte, sie gehen nicht los „gleichsam“, sondern wirklich zur äußersten Linken über; sondern, was noch mehr ins Gewicht fällt, sämtliche demokratische Abgeordnete haben ihre Stellen in der Verwaltung niedergelegt und man meldet uns, daß auch sämtliche demokratische Statthalter abgedankt haben.

[Lehrergehalt.] Der liberale Handels- und Unterrichtsminister Ruiz Zorilla veröffentlicht heute ein Rundschreiben an die Statthalter, in welchem er dieselben anhält, diejenigen Gemeinderäthe mit Strafen zu belegen, welche sich weigern, die Schullehrer zu bezahlen. Viele Schullehrer haben seit 8 bis 12 Monaten keinen Gehalt mehr bezogen.

## Großbritannien.

**London, 12. Juli.** [England und Neuseeland.] Den Grundsatz der Nichtmischung, schreibt man der „N. Z.“, befolgt das heutige England nicht allein gegen fremde Völker, sondern auch gegen diejenigen seiner eigenen Colonien, denen es überhaupt eine freiere Bewegung gestattet. Die Anlieber auf Neuseeland möchten vielleicht gen einen großen Theil ihrer Unabhängigkeit Preis geben, wenn ihnen das Mutterland dafür in der jetzigen schweren Zeit der Noth eine billige Hand bieten wollte. Da der Statthalter die gesetzgebende Versammlung der Insel auf den 1. Juni einberufen hat, so wird die nächste australische Post schon einige Beschlüsse und Bittgesuche dieser Körperschaft zur Erlangung thätigen britischen Beistandes gegen die aufständischen Eingeborenen überbringen. Die Maoris stachelt zu



ihrem hartnäckigen Widerstande vornehmlich der Glaube an, daß die Colonie von der Königin im Stiche gelassen sei; und fernermal sie selbst nur auf wirkliche Unterstützung, nicht auf schöne Worte der Sympathie Werth legen, so ist diese ihre Ansicht sehr begründet; um so mehr, wenn sie erfahren, daß die noch auf der Insel anwesenden königlichen Truppen den Colonisten nicht im Kampfe bestehen dürfen, sondern ruhig in ihren Kasernen, im Innern volkreicher Städte, liegen bleiben.

[Drangistenkämpfe.] Heute feiert der protestantische Norden Irlands den Jahrestag der Schlacht am Boyne. Es ist in zahlreichen Volksversammlungen den Worten „herder Vorkämpfer der protestantischen Rechte“. Leiber wird es ohne blutige Rhapsode nicht abgeben; Belfast hat schon am Sonntag ein Vorspiel zu den stürmischen Austritten gehabt, welche den 12. Juli zu befehlen pflegen.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 15. Juli. Angekommen: Dembenki, russ. Staatsrath u. Fam., a. Smolensk. v. Friedrich, Capitän u. Majoradjutant Sr. Maj. des Kaisers von Russland, a. St. Petersburg. v. Salviati, Oberst u. Chef des Generalstabes n. Fam., a. Berlin. Rothmanno, Warmontenprebdt, a. Bienenkloster. (Fremdbl.)

Δ Trebnitz, 13. Juli. [Die Brumme.] Vorgekoren besuchte uns die Breslauer humoristische Kapelle Brumme mit mehreren hundert Gästen und fand eine ebenso herzliche als großartige Aufnahme. In langer geschmückter Wagenreihe hielten die Festgenossen ihren Gesang und begaben sich dann nach dem Buchenwalde, von dort zurück zum Diner. Das Concert im Buchenwalde begann um 4 Uhr Nachmittags und war sehr reich besetzt; alle Piecen erregten gleichviel Beifall als Heiterkeit, welche sich bei der Auswanderungspolka (componirt von Subhoff) auf Höhe steigerte.

+ Glogau, 13. Juli. [Buchdrucker-Verband.] Am Sonntag fand hier in der Saale von Friedenthal die zweite Delegirten-Versammlung des Nieder-schlesischen Buchdrucker-Verbandes statt, an derselben nahmen außer den Mitgliedern des Glogauer Local-Verbandes Deputirte aus Görlitz, Haynau, Sierschberg, Glogau, Sagan, Grünberg und Freistadt Theil.

⊙ Balzenburg, 12. Juli. [Vorschuss-Verein.] Derselbe hielt am 10. d. M. seine ordentliche General-Versammlung pro II. Quartal c. Aus dem vorgetragenen Geschäftsberichte entnehmen wir Folgendes: An Mitgliedern zählte der Verein ultimo März 1222 ordentliche und 1 Ehrenmitglied. Im Laufe des Quartals sind neu hinzugekommen 38, ausgeschieden 29, so daß ultimo Juni c. incl. des Ehrenmitgliedes 1232 Mitglieder nachzuweisen sind.

voller Befriedigung hervorgerufen. Nach einem Concert der hiesigen Militär-Kapelle kamen unter der tüchtigen Leitung des derzeitigen Liebermeisters, Cantor Müller, die eingetragenen, etwa 2 Stunden in Anspruch nehmenden Gesänge (Solo-Quartetts und Chorgesänge) zum Vortrage und erhielten allseitigen Applaus.

### Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 14. Juli. [Strike der Zimmergesellen.] Am Montagetage ist in der Herberge der Zimmergesellen aufbewahrte Krankenkasse mit ihrem Inhalte von etwa 400 Thln. in Hypothekendocumenten und baarem Gelde verschwunden. Statutenmäßig sollen aus derselben nur in Erkrankungsfällen Unterstützungen gezahlt werden; die zwei Schlüssel führen der Ladenmeister und der Altgeselle.

### Meteorologische Beobachtungen.

Table with 5 columns: Ort, Barometerstand, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Rows for Breslau on July 14 and 15.

### Telegraphische Depeschen.

Paris, 14. Juli. Abends. Ein heutiges noch unbestätigtes Börsengerücht besagt: Prinz Napoleon werde die Conseilspräsidentenschaft erhalten. Die Abendzeitungen vermuthen, die Cabinetbildung und die Wiederberufung der Kammer sei nahe bevorstehend. (W. E. B.)

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 14. Juli, Nachm. 3 Uhr. Schluss-Course: 3proc. Rente 71, 55-71, 60-71, 82-71, 70. Italienische 5proc. Rente 54, 85. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 800, 00 Haupte. Credit-Mob.-Aktien 235, 00.

(Schlussbericht). Weizen geschäftslos. Roggen loco unverändert. Rays pr. October 7 1/2%. Rüböl pr. Herbst 39%, pr. Mai 1870 41. - Wetter schön.

Antwerpen, 14. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Betr. Leum-Markt.] (Schluss-Bericht.) Raffinirtes, Topfweiß, loco 49, pr. August 50, pr. September 51 1/2%, pr. Octbr.-Decbr. 53 1/2%. Fest.

Berlin, 14. Juli. Die günstige Haltung der letzten Tage blieb auch heute ohne Unterbrechung bestehen, nur in der Wahl der besonders beborzugten Devisen beliebt die Börse kleine Variationen. So standen heute besonders Oesterr. Credit obenan, sie hoben sich bei großem Verkehr um 1 pCt., schlossen aber, wie die Oesterr. Papiere überhaupt etwas matter; (man verbeugte, in Brüssel seien Unruhen ausgebrochen). Lebhaftes Geschäft machte sich alsdann in Lärken ohne nennenswerthe Coursveränderung; die Hauptthätigkeit darin mag auf Arbitrage zurückzuführen sein, da im Uebrigen, nach den neuesten Meldungen nicht weniger als besondere Gründe zur Haupte des Papiers vorliegen.

### Berliner Börse vom 14. Juli 1869.

Large financial table containing 'Fonds und Geld-Course', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank- und Industrie-Papiere'. Columns include various stock and bond prices.

Berlin, 14. Juli. Weizen loco 66-76 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität, pro Juli u. August 66 1/2 Thlr. bez., Septbr.-Oct. 67 1/2 Thlr. bez. - Roggen loco 58-59 Thlr. pro 2000 Pfd. bez. - Rüböl loco 12 1/2 Thlr. bez. - Spiritus loco ohne Fass 17-18 1/2 Thlr. bez., ab Speicher - Thlr. bez., pro Juli und August 16 1/2 Thlr. bez., August-September 16 1/2 Thlr. bez., Septbr.-October 16 1/2 Thlr. bez., Octbr.-Novbr. 15 1/2 Thlr. bez., Novbr.-Decbr. 15 1/2 Thlr. bez.

Breslau, 15. Juli. Bei belanglosen Zufuhren und Angeboten war der Geschäftsverkehr am heutigen Markte beschränkt, Preise zeigten keine wesentliche Aenderung. Weizen preishaltend, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 75-88 Sgr., gelber 75-85 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt.

Table with 2 columns: Item (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) and Price (Sgr. pr. Schfl.).

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.